► Arbeitsentgelt

BSG: Tankgutscheine statt Gehalt sind beitragspflichtig

| Tankgutscheine über einen bestimmten Euro-Betrag und Einnahmen aus der Vermietung von Werbeflächen auf privaten Pkw, die als neue Gehaltsanteile anstelle des Bruttoarbeitslohns erzielt werden, sind sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt. Sie unterliegen der Beitragspflicht in der Sozialversicherung. Das hat das BSG entschieden und damit der Revision eines Rentenversicherungsträgers gegen ein Urteil des LSG Bayern stattgegeben. |

Vereinbart ein Arbeitgeber mit der Belegschaft einen teilweisen Lohnverzicht und gewährt im Gegenzug anstelle des Arbeitslohns Gutscheine und zahlt Miete für Werbeflächen auf den Pkw der Belegschaft, handelt es sich dabei sozialversicherungsrechtlich um Arbeitsentgelt. Dieses umfasst grundsätzlich alle geldwerten Vorteile, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehen. Ein solcher Zusammenhang ist anzunehmen, wenn der ursprüngliche Bruttoarbeitslohn rechnungsmäßig fortgeführt wird und die Tankgutscheine und Werbeeinnahmen als „neue Gehaltsanteile“ angesehen werden. Demzufolge kommt es nicht darauf an, dass die Werbeeinnahmen auf eigenständigen Mietverträgen mit der Belegschaft beruhen.

Die Beitragspflicht der Tankgutscheine entfiel auch nicht ausnahmsweise. Bei ihnen handelte es sich nach Ansicht des BSG nicht um einen Sachbezug, weil sie auf einen bestimmten Euro-Betrag lauteten und als Geldsurrogat teilweise an die Stelle des wegen Verzichts ausgefallenen Bruttoverdienstes getreten waren. Die steuerrechtliche Bagatellgrenze von 44 Euro im Monat kommt daher nicht zur Anwendung (BSG, Urteil vom 23.02.2021, Az. B 12 R 21/18 R, Abruf-Nr. 220736).

► Krankenversicherung

Promotionsstipendium ist voll beitragspflichtig

| Auf ein Promotionsstipendium sind in voller Höhe Kranken- und Pflegeversicherungsbeträge zu entrichten. Das hat das LSG Celle-Bremen im Fall einer Doktorandin entschieden, die als Nachwuchswissenschaftlerin ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung erhalten hatte. |

Das Stipendium setzte sich zusammen aus einem Grundstipendium von 1.050 Euro pro Monat und einer Forschungskostenpauschale von 100 Euro pro Monat. Die Forschungskostenpauschale war zweckgebunden zu verwenden, um damit Literatur sowie Sach- und Reisekosten für die wissenschaftliche Ausbildung zu finanzieren. Die Krankenkasse der Frau berechnete die Beiträge aus den ganzen Einnahmen von 1.150 Euro. Zu Recht, meint das LSG: Es würden nur solche Einnahmen von der Beitragsberechnung ausgeklammert, die einer gesetzlichen Zweckbindung unterliegen. Demgegenüber sei die Zweckbindung der Stiftung rein privatrechtlich ausgestaltet (LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 15.12.2020, Az. L 16 KR 333/17, Abruf-Nr. 220094).

Entgeltumwandlung zur Gehaltsoptimierung ist Lohnverwendungsabrede

LSG verneint Herausrechnung einer Forschungskostenpauschale